

Digitalpolitik im Zeichen von Suffizienz und Nachhaltigkeit!

Der BUND legt 5 Forderungen für eine zukunftsfähige Digitalpolitik vor.

Stand: 13. Oktober 2021

Digitalisierung betrifft alle gesellschaftlichen Lebensbereiche. Die letzte Regierung hat Digitalisierung hauptsächlich aus wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Sicht betrachtet. Entsprechend wurde von den jeweiligen Gremien, mit Ausnahme des BMU keine durchgängige Strategie für einen gesamtgesellschaftlichen digitalen Wandel entwickelt. Vorhandene Papiere sind in erster Linie eine Ansammlung von Einzelmaßnahmen. Überlegungen zu Umwelt- und Klimaschutz werden dabei häufig außer Acht gelassen (Vgl. Analyse des BUNDS zu den Digitalstrategien der EU & des Bundes¹).

Wir fordern die zukünftige Bundesregierung dazu auf, dem Thema Digitalisierung die notwendige Bedeutung für Ökologie, Soziales und Ökonomie zuzumessen und entsprechend in der neuen Regierung zu verankern.

1. Suffizienz & Nachhaltigkeit als zentrale Leitmotive der Digitalpolitik

Digitale Suffizienz und Nachhaltigkeit² müssen zu zentralen Leitmotiven sowohl bei der Erarbeitung zukünftiger Strategien zum Umgang mit digitalen Technologien und im Rahmen von Innovationsförderprogrammen im Digitalsektor erklärt werden.

2. Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards & Stärkung der Technikfolgenforschung

Zentral für die künftige Digitalpolitik ist die Entwicklung von Standards und Normen zur nachhaltigen Technologieentwicklung. Alle kommenden und bestehenden Entwicklungen im Bereich digitaler Software- und Hardware, müssen auf Basis dieser Standards im Rahmen einer Technikfolgenabschätzung auf ihren ökologischen und sozialen Impact geprüft werden. Vom besonderem Interesse ist die energieeffiziente Software-Entwicklung (Green Coding) und ressourcensparende, kreislauffähige Hardwareentwicklung, sowie ein Recht auf Reparatur und ein Verbot geplanter Obsoleszenz. Auf dieser Basis müssen frühzeitig Regulierungen verabschiedet werden.

Dafür muss die kommende Bundesregierung die Technikfolgen und -strategieforschung langfristig stärken, etwa mit der Einrichtung eines Instituts mit langfristiger Finanzierungsgarantie.

3. Förderung Freier Software & nachhaltiger Innovationen

Die Regierung verpflichtet sich, jene Innovationen bevorzugt zu fördern, die eine klare Perspektive erkennen lassen, sich positiv auf Umwelt-, Klimaschutz und Gemeinwohl auszuwirken. Die Entwicklung und der Einsatz digitaler Technologien muss der Einhaltung der Pariser Klimaziele zuträglich sein, anstatt zu einer weiteren Verschärfung ökologischer sowie sozialer Krisen beizutragen.

¹ Versand der Analyse auf Anfrage an: friederike.hildebrandt@bund.net

² Wir beziehen uns hier auf das Konzept nach Lange, Santarius & Zahmt, vorgestellt in: <https://netzpolitik.org/2019/bits-baeume-von-der-effizienz-zur-digitalen-suffizienz/>

Öffentliche Gelder müssen bevorzugt in die Entwicklung solcher Software fließen, die den Prinzipien der Freien Software unterliegt, insbesondere um umfassende digitale Souveränität zu erreichen. Ausdrücklich unterstützt der BUND dabei die Forderung der Kampagne "Public Money, Public Code"³.

4. Gleichberechtigte, strukturelle Einbindung der Zivilgesellschaft in die Digitalpolitik

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen stärker in digitalpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Bei Gesetzesentwürfen müssen sie von Anfang an beteiligt werden. Die Beiträge zivilgesellschaftlicher Sachverständiger müssen bei der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen eingebunden und umgesetzt werden. Um dies zu ermöglichen, müssen zivilgesellschaftliche Organisationen finanziell beim Aufbau der notwendigen fachlichen und personellen Kapazitäten unterstützt werden⁴. Zudem soll die gesellschaftliche Teilhabe an neuen Technologien durch ein für alle Bürger*innen zugängliches Bildungsprogramm verbessert werden.

5. Gewissenhafter Umgang mit sicherheitsrelevanten Schwachstellen in Hard- und Software

Es muss ein behördenübergreifendes Regelwerk geschaffen werden, das den Umgang mit sicherheitsrelevanten Schwachstellen in Hard- und Software einschließlich sogenannter *zero day exploits* regelt. Das Regelwerk hat das Ziel, bekannte Schwachstellen zu schließen.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle
Friederike Hildebrandt
Abteilung Stoffe & Technologien
Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin
friederike.hildebrandt@bund.net
Fon: + 49 30 275 86-561
www.bund.net

³ <https://publiccode.eu/de/>

⁴ Der BUND unterstützt hier die Forderungen des Bündnisses Digitale Zivilgesellschaft: <https://2020.digitalezivilgesellschaft.org/>